Erschienen in Egger, R., & Posch, A. (Hrsg.). (2015). Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Ein prekärer Zusammenhang? S. 29-56, Wiesbaden: Springer VS.

Rudolf Dujmovits¹

Regionale Entwicklungsstrategien: Theoretische und empirische Begründungen und ihre Implikationen

Die Aussagen regionaler Wachstumstheorien zu den Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raums in modernen Industriestaaten erstrecken sich von einem von den Marktkräften getriebenen Ausgleich räumlicher Disparitäten bis zu verstärkter Polarisierung. Empirisch betrachtet, scheinen sich die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern weltweit tendenziell auszugleichen, doch gleichzeitig steigt die Disparität innerhalb der untersuchten Länder. Unter den gegebenen technologischen Bedingungen sowie den Präferenzen der Wirtschaftssubjekte für den urbanen Raum dürften sich die wirtschaftlichen und demografischen Schrumpfungsprozesse in – insbesondere peripher gelegenen – Teilen des ländlichen Raums weiter fortsetzen. Die Agglomerationsvorteile des städtischen Raums können mittels Betriebsansiedlungen und Verkehrserschließung des ländlichen Raums vielfach nicht kompensiert werden. Als Alternative verbleibt ländlichen Regionen insbesondere eine endogene Entwicklung, die auf die aktive Mobilisierung bisher un(ter)genutzter regionaler Ressourcen setzt, oder auch die Entwicklung neuer, möglichst immobiler Spezialisierungsvorteile. Um die Lebensqualität der verbleibenden Regionsbevölkerung zu erhalten und eine Vergeudung öffentlicher Mittel einzuschränken, sollte zudem in manchen Fällen eine – politisch allerdings schwer durchsetzbare – kontrollierte Umstrukturierung und Schrumpfung der regionalen sozialen und technischen Infrastruktur angestrebt werden.

1. Einleitung

„Fest steht, dass wir in Österreich gleichwertige Lebensverhältnisse brauchen, egal ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt“ (zit.n. Lehner 2012, S. 13), meinte 2012 der damalige Bundesratspräsident Georg Keuschnigg anlässlich einer parlamentarischen Enquete zum Thema Ausdünnung des ländlichen Raums in Österreich.

Trotz jahrelanger regionalpolitischer Unterstützung durch den Bund und die EU sind Teile des ländlichen Raums weiterhin (bzw. wiederum) durch Abwanderung und einen Mangel an (qualifizierten) Arbeitsplätzen gekennzeichnet. Der Verlust an landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen konnte nicht kompensiert werden. Das Ergebnis unzureichender regionaler Wertschöpfung sind teils deutlich unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen. Demografischer Wandel in Verbindung mit selektiver Abwanderung führt zu einer ungünstigen Alters-, Geschlechter- und Qualifikationsstruktur der verbleibenden Bevölkerung. Diese Entwicklungen belasten auch die öffentlichen Haushalte ländlicher Gemeinden und Kleinstädte, sodass die Bereitstellung einer ausreichenden sozialen und technischen Infrastruktur zunehmend an ihre Finanzierungsgrenzen stößt. Andererseits wachsen Städte und ihre Umlandgebiete sowohl bezüglich ihrer Bevölkerung als auch ihrer Wirtschaftskraft.

Ist die von Keuschnigg formulierte Zielsetzung vor einem solchen Hintergrund als unverbindliche politische Absichtserklärung einzuordnen oder besteht tatsächlich eine realistische Chance auf ihre Umsetzbarkeit? Im Folgenden werden regionalökonomische Entwicklungs- und Wachstumsmodelle (Abschnitt 2) sowie einige empirische Befunde (Abschnitt 3) herangezogen, um einer Antwort auf

¹ Ich danke Markus Gruber, Richard Hummelbrunner und Veronika Kulmer für aufschlussreiche Gespräche und hilfreiche Literaturhinweise, Fehler gehen natürlich zu meinen Lasten.

diese Frage näher zu kommen. Im Abschnitt 4 werden auf dieser Grundlage generelle Folgerungen für die Regionalpolitik gezogen, im Abschnitt 5 im Speziellen für den ländlichen Raum. Daran schließt ein zusammenfassender Ausblick an.

Dieser Beitrag bietet keine nach den verschiedenen Typen ländlicher Räume differenzierte Analyse und auch die spezifischen Problemlagen alter Industriegebiete oder städtischer Problemgebiete werden nicht behandelt. Es erfolgt auch keine detaillierte Darstellung regionaler Entwicklungsstrategien für den ländlichen Raum samt den dafür erforderlichen Instrumenten, da dies ebenfalls den Rahmen sprengen würde.

2. Regionale Entwicklungs- und Wachstumstheorien

Die folgende Darstellung der vielfältigen Modelle, die versuchen, regionale Entwicklungen theoretisch zu fassen, beschränkt sich auf eine Auswahl primär ökonomischer Erklärungsansätze.² Die Modellstruktur der ersten Gruppe führt tendenziell zu einem von den Marktkräften getriebenen Ausgleich regionaler Disparitäten. Dagegen ergibt sich in der zweiten Modellgruppe tendenziell eine räumliche Polarisierung.

2.1 Marktgetriebene regionale Konvergenz

Die erste Gruppe von Theorien sieht in der verstärkten Integration wirtschaftlich benachteiligter Regionen in die nationale und internationale Arbeitsteilung den Hauptansatzpunkt zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und den Hauptansatzpunkt zum langfristigen Ausgleich wirtschaftlicher Entwicklungsunterschiede.

Den theoretischen Hintergrund dafür bilden Exportbasis- und neoklassische Wachstumstheorien. Unter anderem unter der Annahme kostenloser und unbegrenzter interregionaler Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zeigen neoklassische Modelle eine Tendenz zum Ausgleich der Faktorentgelte und damit der Einkommensunterschiede zwischen den Regionen. Der Anreiz für die interregionalen Wanderungen der Arbeitskräfte und des Kapitals ergibt sich aus anfänglichen regionalen Lohn- und Renditedifferenzen. Letztlich bewirkt der Marktmechanismus einen Ausgleich der Wachstumsdifferenzen. Im Gleichgewicht kommen die Wanderungsbewegungen der Produktionsfaktoren zum Stillstand.³ Auch wenn dieses Modell auf einer Reihe starker Annahmen beruht, wird es (zumindest implizit) vielfach als Begründung für regionalpolitische Maßnahmen herangezogen. Der Ausbau interregionaler Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur soll die Mobilität von Produktionsfaktoren und Gütern erhöhen und auf diesem Weg den marktgetriebenen Disparitätenausgleich ermöglichen und beschleunigen.

Die zentrale These der (keynesianischen) Exportbasis-Theorie lautet, dass regionales Einkommen und Wachstum insbesondere von einer unzureichenden überregionalen Güternachfrage begrenzt werden. Demgemäß wird der Hauptansatzpunkt für den Disparitätenausgleich in einer Steigerung

² Vgl. Terluin (2003), McCann und van Oort (2009) für eine Zusammenschau weiterer Modelle sowie Kurz (2014) für einen theoriegeschichtlichen Überblick.

³ Zum Modell samt Annahmen und ihrer Kritik vgl. Buttler et al. (1977, S. 62ff.), Richardson (1978, S. 135ff.) und Eckey (2008, S. 110ff.). Nach dem Faktorpreisausgleichstheorem kommt es auch bei beschränkter Faktormobilität durch Gütermobilität zum Ausgleich der Faktorpreise (Richardson 1978, S. 106).

der regionalen Exporte gesehen. Das führt unter anderem zur Förderung von Industrieansiedlungen, die vorwiegend überregional absetzbare Güter produzieren.⁴

2.2 Zirkuläre kumulative Verursachung und regionale Divergenz

Eine Grundhypothese der zweiten breiten und heterogenen Gruppe regionaler Entwicklungsmodelle ist, dass regionale Ungleichgewichte aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zwar wachstumsfördernd sein können, sich unter bestimmten Umständen jedoch nicht nur nicht ausgleichen, sondern sogar verstärken.

Laut der Wachstumspoltheorie wirken innerregional stark vernetzte, überdurchschnittlich wachsende Industrien als regionale Wachstumsmotoren. Sie stimulieren sektorale MitbewerberInnen sowie Zuliefer- und Abnehmerindustrien in der Region und generieren zusätzliches regionales Einkommen und Arbeitsplätze. Auch wurde daraus die Förderung industrieller Sachkapitalinvestitionen in entwicklungsschwachen Gebieten abgeleitet.⁵

Auf Myrdal (1974, S. 38ff.) und Hirschman (1967, S. 175ff.) zurückgehende regionale Polarisierungstheorien betonen die Tendenz zur Verschärfung gegebener ökonomischer Entwicklungsunterschiede in Marktsystemen zwischen historisch herausgebildeten zentralen und peripheren Regionen. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung von Zentren und schwach entwickelten Gebieten – sogenannter Peripherien – wird mittels Ausbreitungs- und Kontereffekten des wirtschaftlichen Wachstums analysiert. Die von den Zentren ausgehenden „Anstoß“- bzw. „spread“-Effekte (Eckey 2008, S. 120f.) begünstigen die wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebiete und führen zu einer Abschwächung regionaler Disparitäten. Die „Brems“- bzw. „backwash“-Effekte (ebd., S. 121) wirken dagegen zum Nachteil der entwicklungsschwachen Gebiete.⁶

Nach Myrdal (1974) sind die Kontereffekte des interregionalen Gütertauses und der Faktormobilität in der Regel stärker als die Ausbreitungseffekte, sodass sich ein negativer Nettoeffekt für entwicklungsschwache Regionen ergibt. Der in den neoklassischen Wachstumstheorien postulierten Ausgleichstendenz stellt er das „Prinzip der zirkulären und kumulativen Verursachung“ (S. 25) entgegen. Sich selbst verstärkende (positive) Rückkopplungen führen ohne ausgleichende staatliche Eingriffe tendenziell zu räumlich ungleichgewichtigem Wachstum und zu einer Verstärkung regionaler Disparitäten. Auch für Hirschman (1967) ist ungleichgewichtiges Wachstum zwischen Regionen eine „unvermeidliche Begleiterscheinung und Bedingung des Wachstums selbst“ (S. 172).

In Anlehnung an Myrdal und Hirschman nennt Stöhr (1983, S. 123) unter anderem folgende, für entwicklungsschwache Regionen positive Ausbreitungseffekte:

- größere Märkte für ihre Produkte und Ressourcen⁷
- Ausbreitung von technischem Fortschritt, rationaler Verhaltensmuster und „moderner“ Wertsysteme

⁴ Vgl. Eckey (2008, S. 116ff.) sowie Richardson (1978, S. 85-92) zu diesem Modell und der Kritik daran. Für die regionale Wirtschaftsförderung in Österreich fungierte die Exportbasis-Theorie als „vager theoretischer Hintergrund“ (Plitzka und Richter 1982, S. 79), ähnlich Buttler et al. (1977, S. 129) für die BRD.

⁵ Vgl. dazu Eckey (2008, S. 123ff.) sowie Richardson (1978, S. 164f.).

⁶ Den Ausbreitungs- bzw. Kontereffekten Myrdals entsprechen die Sicker- bzw. Polarisierungseffekte Hirschmans. Die Konter-(Polarisations-)Effekte werden auch als „Entzugseffekte“ (Buttler et al. 1977, S. 65) bezeichnet.

⁷ Das gilt analog allerdings auch für die Zentren. Ob sich nach Abzug dieses Kontereffekts ein für die Peripherie positiver oder negativer Nettoeffekt der Marktvergrößerung ergibt, bleibt letztlich eine empirische Frage.

- Investitionen der Zentren in den Peripherien
- Verdrängungseffekte aus den Zentren auf Grund von Agglomerationsnachteilen, Knappheit an Boden und Arbeitskräften

Als für schwach entwickelte Gebiete nachteilige Kontereffekte werden beispielhaft angeführt:

- selektive Bevölkerungsabwanderung und Netto-Kapitalabflüsse
- ungünstige Austauschbedingungen (terms of trade) für ihre Produkte
- höhere externe Ersparnisse (Skalenerträge) in hochentwickelten Gebieten. Diese resultieren u.a. aus Agglomerationsvorteilen wie Interaktions- und Kommunikationsvorteilen, der Konzentration von Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen etc.⁸

Die alters-, qualifikations- und neuerdings auch geschlechtsspezifische selektive Abwanderung aus ländlichen Regionen schwächt das regionale Entwicklungspotenzial. Sie verlieren dadurch gerade jene Personen, die ihre wirtschaftliche Entwicklung in Gang setzen könnten. Eine solche Auslaugung der wirtschaftlichen, aber auch kulturellen und politischen Substanz wird vielfach als die treibende Kraft in den für ländliche Regionen negativen, sich selbst verstärkenden Verursachungsprozessen im Sinne Myrdals gesehen.⁹

Die sogenannte neue Wachstumstheorie erweitert laut Eckey (2008, S. 133ff.) die oben kurz umrissenen neoklassischen Wachstumsmodelle um Elemente, die räumliche Divergenz als Gleichgewichtsphänomene erklären können. Beispielsweise wird unterstellt, dass Investitionen ins Humankapital mit produktivitätserhöhenden positiven externen Effekten und/oder der Schaffung sogenannter öffentlicher Güter (nicht rivalen Wissen) verbunden sind. Andere Modelle erklären den in den Standardmodellen exogen vorgegebenen technischen Fortschritt, der die Tendenz sinkender Grenzerträge kompensiert, modellendogen.¹⁰ Beides kann zu selbstverstärkenden Prozessen und einem Gleichgewicht mit vollständiger Konzentration der Produktion in der einen oder der anderen Region führen. Werden in das Modell auch Agglomerationsnachteile wie „Umweltbelastung, überlastete Infrastruktur und steigende Flächen- und Mietpreise“ (S. 136) integriert, sind auch Gleichgewichte ohne vollständige Konzentration der Produktion in einer Region möglich.

Die in erster Linie auf Krugman (1991a u. 1991b) zurückgehende Neue Ökonomische Geographie kann laut Eckey (2008, S. 140ff.) als Synthese der oben umrissenen polarisierenden Wachstumspoltheorie mit den (endogenen) neoklassischen Wachstumstheorien interpretiert werden. Im Grundmodell führen die Präferenz der KonsumentInnen für Produktvielfalt sowie Fixkosten bei den monopolistisch konkurrierenden AnbieterInnen industriell produzierter Konsumgüter zu Agglomerationsvorteilen und damit zu einem Anreiz zur Konzentration der Industrieproduktion in einer der beiden Modellregionen. Dekonzentrierende Kräfte gehen von immobiler (Agrar-)Produktion, sonstigen regionsgebundenen Gütern (z.B. Immobilienwirtschaft) und Dienstleistungen sowie von Transportkosten für Industrie- und Agrargüter aus. In Abhängigkeit von der Höhe der Transportkosten sind verschiedene stabile (und instabile) Gleichgewichte möglich.

⁸ Vgl. zum Teil ähnlich, aber enger und modellbezogener Eckey (2008, S. 120f.) und Terluin (2003, S. 330f.).

⁹ Vgl. dazu Sauberer (1983, S. 12-14), Bratl und Scheer (1988, S. 89) sowie Buttler et al. (1977, S. 54; Hervorh.i.Orig), wonach selektive, „erzwungene Land-Stadt-Wanderungen [...] interregional als ungleichwertig angesehene Lebensbedingungen“ verstärken.

¹⁰ Roberts und Setterfield (2010) äußern sich kritisch zur räumlichen Anwendung der endogenen Wachstumstheorie, da die Nachfrageseite, die Offenheit von Regionen sowie möglicherweise vorhandene unterschiedliche regionale „Wachstumsregimes“ nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Modelle dieser Art bilden für zwei Regionen mit anfänglich sogar identischen Standorteigenschaften analytisch rigoros und in sich konsistent die Möglichkeit sich selbst verstärkender Konzentrationsprozesse industrieller Produktion ab,¹¹ die von Myrdal und Hirschman bereits in qualitativer Form postuliert worden ist. Neu ist weiters, dass es in Abhängigkeit von der Höhe der Transportkosten für die mobilen Güter¹² zu einer von kleinen historischen Zufällen abhängigen Gabelung von Entwicklungspfaden kommt. Die daraus resultierenden stabilen Gleichgewichte wie vollständige Konzentration oder Verteilung der Produktion auf die Regionen sind deshalb nicht vorhersehbar.

Solche Bifurkationen, die damit einhergehenden multiplen Gleichgewichte sowie ihre Pfadabhängigkeit mit möglichem Lock-in auf ineffiziente bzw. unerwünschte regionale Entwicklungspfade werden von Maier und Trippel (2009, S. 59ff.) als zentrale Eigenschaften dieser Modelle hervorgehoben. Im Vergleich zum traditionellen neoklassischen Modell kann die Mobilität des Produktionsfaktors Industriearbeit in diesem Modell nicht zu regionalem Ausgleich, sondern zur Verstärkung räumlicher Unterschiede führen. Bei hohen Transportkosten verteilt sich die Industriegüterproduktion in den verschiedenen Varianten dieser Modelle typischerweise auf beide Regionen. Sinken die Transportkosten, gewinnen die Agglomerationsvorteile an Bedeutung und es kommt zu einer vollständigen räumlichen Konzentration, wobei es von unvorhersehbaren Zufällen abhängig ist, in welcher Region das passiert. Bei sehr niedrigen Transportkosten werden die von immobilien Gütern und Produktionsfaktoren ausgehenden dezentralisierenden Kräfte für das räumliche Verteilungsmuster entscheidend. Es kommt wieder zu einer gleichmäßigeren räumlichen Verteilung der Industrieproduktion.

3. Regionale Konvergenz oder Divergenz?

Die oben umrissenen regionalen Wachstums- und Entwicklungsmodelle allein, deren Wirkungen typischerweise komplementär auftreten, ermöglichen keine eindeutige Aussage bezüglich der Entwicklungsrichtung ländlicher Regionen. Ein Anhaltspunkt für ihre Plausibilität ergibt sich aus der empirischen Analyse realer regionaler Entwicklungen.

Wenngleich die subjektive Wahrnehmung des Niedergangs ländlicher, insbesondere peripherer Regionen vielfach sehr eindeutig erscheint, sind die empirischen Ergebnisse bezüglich regionaler Konvergenz oder Divergenz keineswegs eindeutig. Zum Beispiel weisen Ezcurra und Rodriguez-Pose (2009, S. 329) auf die erstaunliche Tatsache hin, dass die Ergebnisse der zahlreichen Studien zur räumlichen Entwicklung innerhalb der EU signifikant voneinander abweichen, auch wenn sie auf der gleichen Datenbasis beruhen und für vergleichbare Mengen an Regionen durchgeführt wurden. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Erstens sind die Ergebnisse der Messung räumlicher Disparitäten und ihrer zeitlichen Entwicklung typischerweise stark von den verwendeten Indikatoren und vom gewählten Beobachtungszeitraum abhängig.¹³

¹¹ Zu Modellerweiterungen samt kritischer Einordnung dieser Modelle vgl. Trautwein (2014, S. 355ff.), Eckey (2008, S. 150f.) sowie McCann und Oort (2009, S. 24ff.).

¹² Transportkosten können als Synonym für Handels- und Raumüberwindungskosten jeder Art bzw. als Index für das Ausmaß der räumlichen Integration einer Region verstanden werden. Eine kritische Betrachtung dazu findet sich in Trautwein (2014, S. 361ff.).

¹³ Eckey (2008, S. 156ff.) illustriert die Abhängigkeit vom gewählten Indikator für regionale Arbeitsmärkte in Deutschland.

Zweitens werden die Ergebnisse laut Ezcurra und Rodriguez-Pose stark von der gewählten regionalen Einheit bestimmt.¹⁴ Für unverzerrte Ergebnisse zum wirtschaftlichen Status von Regionen und ihrer Entwicklung ist laut Eckey (2008, S. 91ff.) die Bildung funktionaler Regionen erforderlich.¹⁵ Beispiele dafür sind regionale Arbeitsmärkte oder Räume, die über zentralörtliche Funktionen wie Konsumaktivitäten miteinander verflochten sind. Mangelnde Datenverfügbarkeit führt aber vielfach zur räumlichen Gliederung nach administrativen Gesichtspunkten.

Drittens ist die Erfassung regionaler Konvergenzprozesse mit (zum Teil ungelösten) methodischen Problemen konfrontiert. Ezcurra und Rodriguez-Pose (2009) zeigen (bei gemeinsamer Datenbasis und Regionsabgrenzung) die zum Teil beträchtliche Abhängigkeit der Ergebnisse für regionale Ungleichheit in der EU von den verwendeten Maßzahlen. Zudem führt die in den meisten Studien ungewichtete Verwendung dieser Maße, welche die unterschiedliche Bevölkerungsgröße der untersuchten Regionen unbeachtet lässt, zu verzerrten Ergebnissen. Schließlich wird von den üblichen Messmethoden nicht erfasst, dass eine Abnahme regionaler Disparitäten mit zunehmender innerregionaler Polarisierung einhergehen kann. Zwecks vollständiger Erfassung regionaler Entwicklungen empfehlen die Autoren deshalb eine parallele Verwendung mehrerer Messkonzepte.

Zahlreiche empirische Untersuchungen ergeben für die letzten Dekaden ein Muster sich tendenziell ausgleichender Entwicklungsunterschiede zwischen Ländern, aber gleichzeitig steigender Disparitäten innerhalb der Länder.¹⁶ Ezcurra und Rodriguez-Pose (2009, S. 341) zeigen für die NUTS 2-Regionen der EU die Abnahme der Pro-Kopf-Einkommensunterschiede zwischen den Ländern bei gleichzeitiger Steigerung der Ungleichheit zwischen den Regionen für den Zeitraum von 1980 bis 2002. Zudem zeigt sich für Europa parallel zur allgemeinen Reduktion regionaler Disparitäten „an increase in regional bipolarisation“ (S. 350).

Eine für die EU durchgeführte Evaluierung des Kohäsionsprogramms für das Ziel 1-Fördergebiet Burgenland durch Gruber et al. (2013) ergibt ein analoges Bild. Zwischen 1995 und 2008 ist das Pro-Kopf-Einkommen des Burgenlands im Vergleich zum EU-Durchschnitt zwar deutlich gestiegen, doch der innerösterreichische Konvergenzprozess ist nach einer starken Aufholphase ab 2004 zum Stillstand gekommen. Zudem konnten die innerregionalen Disparitäten zwischen dem Nord- und Südburgenland trotz einer um 60% höheren finanziellen Förderintensität im Süden nicht abgebaut werden. Es wird sogar bezweifelt, dass eine hypothetische „concentration of all Cohesion policy funding on the south would have led to a significant convergence within Burgenland. The absorption capacity and development potential for innovative measures in rural-dominated south of Burgenland are clearly limited“ (S. 5).

Die wirtschaftliche Schwäche ländlicher Räume schlägt sich auch in der Bevölkerungsentwicklung nieder. Laut Statistik Austria und Österreichischer Städtebund (2013, S. 153ff.) lebten 2013 in Österreich bereits ca. zwei Drittel der Gesamtbevölkerung in sogenannten Stadtregionen, deren Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um 6,8% gewachsen ist. Die Hauptgewinner dieser

¹⁴ Eckey (2008) zeigt sehr anschaulich, wie Wirtschaftsräume in Abhängigkeit von der gewählten Regionalisierungsmethode „als ‚krank‘ oder ‚gesund‘, als ‚schwach‘ oder als ‚stark‘ eingestuft werden“ (S. 91).

¹⁵ Vgl. ähnlich Ezcurra und Rodriguez-Pose (2009, S. 329) sowie Eltges (2013, S. 52).

¹⁶ Das gilt laut Ascani et al. (2012b, S. 9f.) insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch für die EU und die zentral- und osteuropäischen Staaten, in denen in ärmeren ländlichen Regionen tendenziell Stagnation oder gar ein Rückfall zu beobachten ist. Zu entsprechenden Ergebnissen für die EU-Erweiterung vgl. Ascani et al. (2012a, S. 16ff.). Auch eine Untersuchung der Entwicklung der globalen Einkommensungleichheit zwischen 1993 und 2005 von Warner et al. (2014) legt nahe, dass es trotz einer Reduktion der globalen Einkommensungleichheit einen generellen „upward trend in inequality within countries“ (S. 21) gibt.

Wanderungsbewegungen waren Wien und andere Großstadregionen.¹⁷ Diesem im Vergleich zu Gesamtösterreich (4,3%) überdurchschnittlichen und vor allem durch Zuwanderung nicht-österreichischer Staatsangehöriger getriebenen Bevölkerungswachstum steht ein leichter Rückgang der Bevölkerung von 0,1% außerhalb der Stadregionen gegenüber. Bemerkenswert ist dabei der Rückgang der österreichischen Staatsangehörigen um 1,2% (bei einem Wachstum dieser Gruppe um 2,8% in den Stadregionen), während es bei den ausländischen Staatsangehörigen zu einer Zunahme von 20,3% kam.

Diese absoluten und relativen Bevölkerungsverluste des ländlichen Raums werden durch eine alters-, qualifikations-¹⁸ und geschlechtsspezifische Selektivität der Wanderungen und den demografischen Wandel verschärft. Außerhalb der Stadregionen Österreichs lebten am 1.1.2013 überdurchschnittlich viele Menschen mit 65 Jahren und älter, was unter anderem auf die Abwanderung vor allem jüngerer Bevölkerungsgruppen zurückzuführen ist.¹⁹ Der Anteil der jüngeren Menschen, insbesondere der unter 19-Jährigen, ist deutlich unterdurchschnittlich. Zudem führt eine höhere Abwanderung der (jüngeren) weiblichen Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten zu einem deutlichen Frauenüberschuss in den größeren Stadregionen und bei den 15- bis 49-Jährigen zu einem Männerüberschuss in den ländlichen Gebieten.

Die mit solchen Stagnations- bis hin zu Entleerungsprozessen des ländlichen Raums einhergehende zunehmende Verstädterung und Agglomerationsbildung ist kein auf Österreich oder die EU beschränktes Phänomen. Während 1950 ca. 30% der Weltbevölkerung in Städten und ihrem Umfeld lebten, waren es 2010 bereits ca. 50%. Für 2030 (2050) wird prognostiziert, dass ca. 60% (70%) der geschätzten Weltbevölkerung in Städten leben werden.

4. Politikrelevante Folgerungen

Gemäß diesen theoretischen Überlegungen und den empirischen Befunden dürften regionale Entwicklungsmodelle und -strategien für den ländlichen Raum, die – unterstützt durch einen Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie durch kapitalorientierte finanzielle Anreize zur Beeinflussung der Standortentscheidungen von Unternehmen – einen primär marktgetriebenen Ausgleich regionaler Disparitäten postulieren, im Allgemeinen nicht haltbar und zielführend sein.

Offensichtlich vernachlässigen diese Modelle wesentliche Determinanten räumlicher Entwicklung. Neben den im neoklassischen Wachstumsmodell abgebildeten Lohn- und Profitunterschieden zwischen den Regionen und den direkten Mobilitätskosten gibt es sowohl für Unternehmen als auch für die Arbeitskräfte und die Wohnbevölkerung eine Reihe anderer wachstumsrelevanter Standortfaktoren, deren relative Stärke sowie einander ergänzende Verfügbarkeit die Standortentscheidungen und die räumliche Entwicklung entscheidend beeinflussen. Beispielfhaft genannt seien Agglomerationsvor- und -nachteile, Verfügbarkeit und Qualität von Arbeitskräften und anderer Produktionsfaktoren, sektorale Struktur der Regionalwirtschaft, Ausmaß der Außenabhängigkeit der Betriebe, Angebot öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit und Pflege, öffentliche Sicherheit, Umweltqualität, Steuern und Gebühren bis hin

¹⁷ Insbesondere in „alten“ Industrieregionen verzeichneten einige Stadregionen auch Bevölkerungsverluste.

¹⁸ Zeitlich weiter zurückreichende empirische Belege dafür finden sich in Buttler et al. (1977, S. 52-54 u. S. 151f.) für die BRD sowie Dujmovits (1996, S. 32ff.) für Österreich.

¹⁹ In der Gruppe der über 40-Jährigen verzeichnete der ländliche Raum einen leichten Wanderungsgewinn.

zu (weicheren) soziokulturellen Faktoren wie familiäre und soziale Bindungen, regionale Identität und soziales Kapital.²⁰

Weiters wirkt die durch staatliche Politik beeinflussbare Senkung der Raumüberwindungskosten nicht unidirektional zum Vorteil ländlicher Räume. Wie bereits von Myrdal argumentiert und in der Folge im Rahmen der Modelle der Neuen Ökonomischen Geographie formal rigoros gezeigt, werden dadurch auch die für den ländlichen Raum nachteiligen Entzugseffekte verstärkt. Eine verstärkte Anbindung des ländlichen Raums kann deshalb im Gegensatz zu den Hypothesen der neoklassischen regionalen Wachstumstheorie Polarisationsprozesse auslösen und beschleunigen.

Diverse empirische Untersuchungen ergeben laut Czerny et al. (2006), dass eine Verbesserung der Erreichbarkeit schwach entwickelter Regionen immer wieder „weitgehend wirkungslos“ (S. 9) blieb und nicht den gewünschten wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hat. Manchmal wurden auch „Aktivitäten aus schwachen Regionen abgezogen“ (S. 11). Quinet und Vickerman (2004, S. 28ff. u. S. 43ff.) argumentieren ebenfalls, dass der Ausbau von Transportinfrastruktur Polarisierungsprozesse verstärken kann. Typischerweise profitieren davon die Zentren. Die wirtschaftliche Entwicklung schwach entwickelter Regionen wird – falls überhaupt – nur in einem engen Umkreis von Verkehrsprojekten verbessert. Ohne bereits vorhandene entwicklungsfähige Standortfaktoren, die zudem durch eine aktive Politik gefördert werden müssen, sind politische Versprechungen der Schaffung vieler Arbeitsplätze durch ein Straßenbauprojekt mit großer Vorsicht zu betrachten und können als „political myth“ (S. 51) angesehen werden. Die These einer durch den Ausbau des großräumigen Straßennetzes verstärkten selektiven Abwanderung der Bevölkerung aus ländlichen Problemregionen findet ebenfalls empirische Bestätigung.²¹

Auch die mit der Exportbasis- sowie der sektoralen Wachstumspoltheorie begründete Strategie einer Förderung der Ansiedlung von regionsexternen (Industrie-)Betrieben war in vielen Fällen nicht bzw. nur begrenzt erfolgreich.²² Neben Mitnahmeeffekten wird eine unbeabsichtigte Selektivität der Förderungen kritisiert. In ländlichen Regionen siedelten sich vor allem große überregionale Unternehmen in Branchen mit vorwiegend nicht hochqualifizierten, standardisierten Tätigkeiten (Textil, Bekleidung, Elektroartikel) an. Solche Neugründungen sind typischerweise sehr stark von regionsexternen Entscheidungen abhängig. Weiters sind sie vielfach durch mangelhafte regionsinterne Vernetzung mit anderen (qualifizierten) Zulieferbetrieben gekennzeichnet und weisen eine unterdurchschnittliche betriebliche Stabilität auf.²³ Somit entstanden vielfach keine Strukturen, die ein selbsttragendes Wachstum ermöglichten, sondern sogenannte „Kathedralen in der Wüste“.²⁴

Dieses Muster bestätigte grundsätzlich auch die Evaluierung des Ziel 1-Programms für das Burgenland durch Gruber et al. (2013, S. 80ff.). „Some large and important projects of large multinational companies failed to meet expectations in delivering. The projects tended to produce fewer spillover effects than expected, and later left the location or reduced their commitment. Thus

²⁰ Vgl. dazu Eltges (2013) sowie Eckey (2008, S. 260) mit einer Gewichtung einiger dieser Faktoren.

²¹ Vgl. beispielsweise Frey (1985, S. 37f. u. S. 62f.) für ländliche Problemregionen in der Schweiz.

²² Die direkte Förderung des Produktionsfaktors Kapital wird auch mit der neoklassischen regionalen Wachstumstheorie begründet. Zur Erhöhung der Kapitalmobilität sollen die Unternehmen für Kostennachteile in den Ansiedlungsregionen entschädigt werden (Buttler et al. 1977, S. 130).

²³ Vgl. dazu Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1984, S. 239) für Österreich bereits für die 1970er Jahre sowie Buttler et al. (1977, S. 144ff.) für die BRD.

²⁴ Vgl. dazu Cappellin (1992, S. 2) für einige europäische Länder. Lagendijk und van der Knaap (1992, S. 75) stellten für die in Spanien angesiedelte Autoindustrie fest: „In the peripheral regions [...] international production has, rather, created enclaves within a backward regional economy“. Noch pointierter Porter (1995, S. 306), wonach die Initiierung von Betriebsansiedlungen in schwach entwickelten Gebieten mittels finanzieller Anreize „flawed and doomed to failure“ ist.

the attraction of foreign direct investment was estimated in the survey to be less than successful“ (S. 3). Das gilt insbesondere für den entwicklungsschwachen Süden, in dem die nachholende Industrialisierung mit Hilfe des „cross-border industrial park at Heiligenkreuz and the substantial inward investment by a chemical company failed to achieve the momentum that was hoped for“ (S. 4). Unter anderem aufgrund fehlender innerregionaler Vernetzung mit anderen Betrieben und mangelhafter Forschungs- und Innovationsorientierung werden die geschaffenen Strukturen weiterhin als fragil und störungsanfällig eingeschätzt. Die Bereitstellung von (harter) Infrastruktur und die Ansiedlung großer regionsexterner Industrien haben sich insbesondere im ländlichen Süden (wieder einmal) als nicht hinreichend für eine erfolgreiche regionale Entwicklung herausgestellt.²⁵ Da die Agglomerationsvorteile urbaner Zentren nicht kompensiert werden konnten, wird ein auf die Ausschöpfung regionaler Entwicklungspotenziale basierender Entwicklungspfad²⁶ sowie eine verstärkte funktionale Integration mit nahegelegenen städtischen Zentren wie Graz vorgeschlagen.

Der Hauptgrund für die Existenz von Agglomerationen ist laut Thisse (2014a) „to connect people“ (S. 806; Hervorh.i.Orig.). Städte existieren laut Thisse (2014b), weil es für die ProduzentInnen und KonsumentInnen Vorteile aus physischer räumlicher Nähe und damit eine Nachfrage nach räumlicher Nähe gibt. Beispiele für solche Agglomerationsvorteile für die ProduzentInnen sind ein breites Angebot hochqualifizierter und spezialisierter Arbeitskräfte, welches nur deshalb existieren kann, weil es dafür eine entsprechend spezialisierte Nachfrage gibt; ein spezialisierter intermediärer (Dienstleistungs-)Sektor, von dem Vorleistungen zugekauft werden können; öffentliche Dienstleistungen, deren Bereitstellung eine bestimmte Mindestgröße erfordert wie Universitäten und Forschungseinrichtungen; Lerneffekte und informelle Übertragung von Tacit Knowledge, welche nur im direkten physischen Kontakt möglich sind. Zur theoretischen und empirischen Erfassung solcher Effekte werden die Konzepte firmenexterner (sektorübergreifender) positiver Externalitäten, steigende Erträge, Netzwerkexternalitäten, Verbundvorteile und lokale öffentliche Güter verwendet.

Man solle die „Landflucht“ nicht so negativ sehen, meinte kürzlich der US-Politologe Benjamin Barber (2014), denn Menschen wandern in die Agglomerationen, da sie sich von der Stadt „angezogen fühlen“. Auch Thisse (2014b) betont dies als eine wichtige Triebkraft für den Agglomerationsprozess. Im Vergleich zum durch starke soziale Kontrolle gekennzeichneten ländlichen Raum macht „Stadtluft (noch immer) frei“ und begünstigt damit die Erfüllung der zunehmend heterogenen Präferenzen der KonsumentInnen und Arbeitskräfte in einer zunehmend liberaleren Gesellschaft. Städte versprechen mehr „Spaß“, mehr Wahlmöglichkeiten zur Befriedigung der Konsumwünsche,²⁷ ein differenziertes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen in Bereichen wie Bildung, Kultur und Verkehr und nicht zuletzt geringere Berufspendeldistanzen und -zeiten, spezialisierte Arbeitsplätze und höheres Einkommen. Menschen ziehen in die Städte, weil ihre Präferenzen im ländlichen Raum zunehmend nicht mehr befriedigt werden können.

Wie ausgeführt, ist diese Abwanderung aus den ländlichen Räumen selektiv: Insbesondere besser Ausgebildete, Jüngere und Frauen wandern ab. Eine Untersuchung von Weber und Fischer (2010)

²⁵ Ob ein Ausbau des hochrangigen Straßensystems im Süden (Gruber et al. 2013, S. 4) – gemeint ist der Bau der Schnellstraße S7 – diese nicht zufriedenstellenden Ergebnisse merklich verbessert hätte, sei u.a. angesichts der oben erwähnten, empirisch belegten möglichen negativen Effekte einer verbesserten Anbindung der Peripherie sowie der Bedeutung auch anderer Standortfaktoren zumindest in Frage gestellt.

²⁶ Vgl. dazu die ähnliche, schon über zehn Jahre zurückliegende Problemanalyse in Dujmovits und Fritz (2003) mit detaillierteren Ideen für eine alternative Entwicklungsstrategie.

²⁷ Schon Adam Smith hat darauf hingewiesen, dass die Größe des Marktes das mögliche Ausmaß der Arbeitsteilung und in weiterer Folge das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen bestimmt.

unter 20- bis 29-jährigen Frauen in einigen Landgemeinden der Steiermark²⁸ ergab folgende Defizite in den jeweiligen Wohngemeinden, die den Ausschlag für einen Wechsel des Wohnortes geben:

- unzureichendes Angebot an Arbeitsplätzen
- kosten- und zeitintensive Wege für die Alltagsbewältigung und die Unmöglichkeit eines „Lebens ohne Auto“
- Fehlen städtischer Annehmlichkeiten und Freizeitangebote wie „nette Cafés“, Bekleidungsgeschäfte, Nachmittagsbetreuung für Kinder, Fitnessstudio, Tanzlokal
- die „Enge“ des Dorflebens, störende „soziale Kontrolle“, patriarchale Muster und ein männerbezogenes Vereinsleben, mangelnde Aufgeschlossenheit gegenüber Zugezogenen

Insgesamt führt das Zusammenwirken wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Faktoren in manchen ländlich-peripheren Gebieten zu quasi nach unten gerichteten Entwicklungsprozessen im Sinne Myrdals.²⁹ Die laut Maier und Trippel (2009, S. 59ff.) in den Zentren allgegenwärtigen positiven technologischen Externalitäten, steigende Erträge und Agglomerationsvorteile für Unternehmen, Arbeitskräfte und Haushalte wirken als stark zentralisierende Kräfte,³⁰ sodass „convergence is a pipe dream without policy intervention“ (Hanink 2010, S. 6).

Zumindest unter den derzeit gegebenen Bedingungen dürfte auch eine politikgestützte Schaffung ausreichender Agglomerationsvorteile in benachteiligten ländlichen Regionen nur sehr begrenzt möglich sein. Erstens führen die Marktkräfte auch bei beträchtlichem finanziellen Mitteleinsatz öffentlicher Institutionen wie der EU tendenziell nicht zum Ausgleich räumlicher Disparitäten, sondern bestenfalls zur Stabilisierung räumlicher Zentrum-Peripherie-Muster. Erzielte Verbesserungen sind oft nicht dauerhaft und erfordern einen hohen Mitteleinsatz, der langfristig politisch schwer durchsetzbar ist.

Aus einer neoklassischen Betrachtung ergibt sich weiters, dass die in den Zentren durch die räumliche Nähe von Unternehmen und Arbeitskräften erzeugten positiven Externalitäten und Agglomerationsvorteile in den Entscheidungen der Akteurinnen und Akteure nicht ausreichend berücksichtigt werden. Eine Verfolgung des Effizienzziels würde zwecks Internalisierung solcher Externalitäten beispielsweise eine entsprechende Subventionierung der Zentren (oder andere geeignete Instrumente, die in den Zentren ansetzen) erfordern und keine Förderung entwicklungsschwacher ländlicher Gebiete.

Drittens sind bei Akzeptanz des liberalen Konzepts der KonsumentInnensouveränität die oben kurz umrissenen Präferenzen für die Stadt zu akzeptieren, sofern von den Akteurinnen und Akteuren die vollen Kosten ihrer Entscheidungen getragen werden. Zudem wären auf solchen stadtorientierten Präferenzen basierende Entscheidungen auch im Rahmen eines paternalistischen Zugangs, der das Leben am Land politisch unterstützen und favorisieren möchte, nicht so ohne Weiteres veränderbar.

Schließlich kann die grundsätzliche Notwendigkeit von Regionalpolitik mit den Modellen der Ökonomischen Geographie zwar gut begründet werden (um beispielsweise ineffiziente oder

²⁸ Zu ähnlichen Befunden für das niederösterreichische Waldviertel vgl. Aumayr-Hajek (2011), gegensätzlich Wallenberger (2012, S. 37).

²⁹ Entsprechende Ergebnisse finden sich auch im Nationalen Forschungsprogramm „Regionalprobleme in der Schweiz“ (Brugger und Fischer 1985, S. 42).

³⁰ Vgl. dazu ähnlich Ascani et al. (2012b, S. 10f.) sowie – insbesondere für die EU-Erweiterungsländer – Ascani et al. (2012a, S. 16ff.).

unerwünschte Polarisationsprozesse und Lock-in-Effekte zu vermeiden). Doch gleichzeitig zeigen sie, dass regionale Entwicklungsprozesse durch nicht voll steuer- und vorhersehbares pfadabhängiges Systemverhalten gekennzeichnet sind. Deshalb leidet ihre praktische Anwendbarkeit an schlechter Prognostizierbarkeit sowie einem Mangel an konkreten politischen Empfehlungen, die aus ihnen abgeleitet werden können.³¹

5. Anpassung der Entwicklungsziele und -strategien

In Anbetracht der wirkenden ökonomischen Kräfte und der sonstigen Rahmenbedingungen erfolgte in den letzten Jahrzehnten eine Anpassung der Entwicklungsziele und -strategien in der Raumplanung und der Regionalpolitik. Laut Eckey (2008, S. 185ff.) wird zunehmend gefordert, dass öffentliche Mittel angesichts Globalisierung und verstärktem internationalen Wettbewerb in jene Regionen investiert werden, in denen sie den größten Beitrag zu gesamtwirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung erbringen. Das sind vielfach städtische Regionen.

Reduziert man die politischen Zielsetzungen einerseits auf die Maximierung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und andererseits auf den Ausgleich interregionaler Disparitäten bezüglich Einkommen, Wohlfahrt und Wachstum, ergibt sich ein typischer Zielkonflikt:³² „If low-income regions offered higher prospective returns to capital, these goals would not be opposed to each other. But agglomeration economies, market opportunities and psychic income preferences, all tend to favour the richer regions. Thus, a trade-off usually has to be made between efficiency and equity“ (Richardson 1978, S. 226).³³

Diese Abwendung von räumlichen Ausgleichszielen findet auch in politisch akkordierten Grundsatzpapieren ihren Niederschlag. Im Österreichischen Raumordnungskonzept 1981 (ÖROK 1981, S. 11-13) wurden insbesondere für den ländlichen Raum noch hochgesteckte ausgleichsorientierte Zielsetzungen formuliert. Im Raumordnungskonzept 1991 (ÖROK 1992) ist bereits ein erstes Abgehen davon sichtbar. Die Ziele werden den regionalen Besonderheiten entsprechend differenziert und es werden nur mehr „Beiträge zur Abschwächung der Probleme bzw. zur Verhinderung einer Problemverschärfung angestrebt“ (S. 83). Schönegger (2011, S. 145) – ein an der Gestaltung und Umsetzung der damaligen Regionalpolitik beteiligter Akteur – merkt dazu selbstkritisch an, dass es am Eingeständnis fehlte, „dass wir bestimmte [globale, R.D.] Entwicklungen nicht aufhalten oder nur marginal (und dies auch nur für eine kurze Zeit) beeinflussen können.“

Im jüngsten Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖROK 2011) ist ein weiteres Abgehen von ausgleichsorientierten Zielsetzungen erkennbar. Neben Nachhaltigkeit wird zwar auch sozialer Zusammenhalt als Ziel formuliert, doch die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum steht im Vordergrund. „Städte und Stadtregionen als ‚Motoren der Entwicklung‘“ (S. 18) sind demnach gezielt und verstärkt zu fördern (S. 84). Ländliche Räume sollen zwar auch gefördert werden (S. 19f.), doch insbesondere für Regionen mit rückläufiger Bevölkerung wird eine proaktive Sicherung von Mindeststandards für Einrichtungen der sozialen und technischen Daseinsvorsorge sowie in manchen Fällen auch ihr „sozial verträglicher Umbau“ (S. 51) für erforderlich gehalten. Mit Letzterem wird eine

³¹ Vgl. Maier und Trippl (2009, S. 61ff.) sowie Eckey (2008, S. 263) – auch für die endogene Wachstumstheorie – und ähnlich Hanink (2010, S. 4).

³² Zu weiteren Konflikten mit Zielen wie Stabilität und Nachhaltigkeit vgl. Eckey (2008, S. 170ff.).

³³ Zu möglichen Ausnahmen vgl. Richardson (1978, S. 145ff. u. S. 237ff.) sowie Dujmovits (1996, S. 92ff.).

kontrollierte Schrumpfung mancher ländlicher Gemeinden – wenn auch sehr indirekt und vorsichtig – angesprochen.

All das fügt sich laut Essig (2013, S. 66ff.) sowie Gruber (2014) gut in entsprechende Veränderungen der europäischen Regionalpolitik ein. Im Zuge des Lissabon-Prozesses haben die gesamtwirtschaftlichen Ziele von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung deutlich an Bedeutung gewonnen, kleinräumige Gebietsabgrenzungen und entsprechende ausgleichsorientierte Ziele wurden aufgegeben.³⁴

Angesichts abnehmender Bevölkerungsanteile dürfte der ländliche Raum politisch zu schwach sein, um diese Umgewichtung regionalpolitischer Ziele verändern zu können. Insofern ist Skepsis bezüglich der von Hirschman (1967) geäußerten Vermutung angebracht, dass (neben Agglomerationsnachteilen) ausgleichsorientierte politische Maßnahmen aufgrund der „Solidarität, die unterschiedliche Teile einer Nation verbindet“ (S. 186), zu einer Abschwächung oder gar Verhinderung der Polarisierung zwischen Regionen führen würden. Von stark ausgleichsorientierten Vorstellungen ist deshalb unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wohl Abschied zu nehmen. Strukturschwache ländliche Regionen sollten sich vielmehr an realistischen regionsspezifischen Zielen orientieren und dafür gezielt ihre jeweiligen Stärken und Schwächen zum Ausgangspunkt nehmen (Eckey 2008, S. 196f.).

Diese Neuorientierung bietet strukturschwachen ländlichen Gebieten auch Chancen, beispielsweise wenn sie die Nutzung bisher brachliegender regionaler Ressourcen in den Mittelpunkt stellen. Die in den ersten Konzepten einer endogenen Regionalentwicklung vorherrschende Konzentration auf die Entwicklung endogener Potenziale hat sich zwar in der Regel als nicht ausreichend herausgestellt, um die laufenden Konzentrationsprozesse zu stoppen.³⁵ Die darin vorgesehene Einbeziehung und Beteiligung der BürgerInnen ist aber jedenfalls vorteilhaft, da bei solchen „Bottom-up“-Prozessen das lokale Wissen und die lokalen Bedürfnisse eingebracht und genutzt werden können. Das darf sich aber nicht darauf beschränken, laut den Förderrichtlinien erforderliche formale Kriterien zu erfüllen. Die Beteiligten müssen das Ergebnis solcher Strategiefindungsprozesse nachvollziehbar beeinflussen können, ansonsten verlieren diese Prozesse ihre Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft für eine engagierte Beteiligung geht verloren. Weitere Erfolgsfaktoren für endogene Strategien sind laut Gerhardter und Gruber (2001, S. 19ff. u. S. 113ff.) eine gute Aufnahme- und Verarbeitungsfähigkeit des regionalen Systems für externe Impulse wie technologische und sonstige Innovationen, eine gezielte Verbesserung der Qualität des Humankapitals, großräumigere Entwicklungsstrategien und eine breite innerregionale Vernetzung. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist laut Dujmovits (1996, S. 101ff.) eine weltoffene regionale Identität, eine „geeignete Mischung von lokaler und globaler Orientierung“ (S. 108). Ergänzend zum Aufbau einer sektoral möglichst breiten und selbsttragenden regionalen Wirtschaftsstruktur müssen auch überregional wettbewerbsfähige Spezialisierungen und komparative Vorteile entwickelt werden. Zudem bedürfen auch solche „von unten“ getriebenen Entwicklungsprozesse für ihren Erfolg einer regionsangepassten externen finanziellen, organisatorischen und personellen Unterstützung und Beratung „von oben“.

³⁴ Für die Programmperiode ab 2014 sind laut Gruber (2014) zwar wieder Maßnahmen für eine integrierte räumliche Entwicklung auch von Regionen mit spezifischen Problemen vorgesehen. Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit diese tatsächlich aufgegriffen werden, da sie nur fakultativ vorgesehen sind.

³⁵ Vgl. Dujmovits (1996) zu einem Vergleich verschiedener endogener Entwicklungsstrategien, zu ihren Erfolgen, Erfolgsbedingungen und Grenzen sowie Gerhardter und Gruber (2001) mit einer umfassenden Darstellung der Entwicklung sowie Evaluierung dieses Konzepts für Österreich.

Ein wichtiges Element erfolgreicher endogener Entwicklungsprozesse sind Betriebsgründungen und -erweiterungen durch regional verankerte UnternehmerInnen. Im Vergleich zu außengesteuerten Betrieben sind diese Betriebe weniger stark von Abwanderung bedroht. Vorteilhaft sind insbesondere Gründungen in zukunftssträchtigen, technologisch innovativen Bereichen durch (junge) gut ausgebildete Regions-RückkehrerInnen.³⁶ Allerdings können unternehmerische Persönlichkeiten und ein entsprechendes unternehmerisches Milieu nicht mit finanzieller Unterstützung allein in einer Region installiert werden. Keeble und Wever (1986b, S. 22f.) führen Unterschiede in den Betriebsgründungsraten ländlicher Gebiete vor allem auf soziokulturelle Faktoren zurück. Regionen mit hohen Gründungsraten besitzen vielfach eine historisch gewachsene lokale Unternehmenstradition, die zum Teil einer bestimmten landwirtschaftlichen Produktionsweise entspringt und tief im gesellschaftlichen Gefüge verwurzelt ist.³⁷ Darin äußert sich eine andere Ausprägung der Pfadabhängigkeit regionaler Entwicklungen.

Eine weitere Pfadabhängigkeit betrifft die Wirtschaftssektoren, in denen Unternehmen gegründet und Arbeitsplätze geschaffen werden. Spezifisches Wissen der UnternehmerInnen und Arbeitskräfte über bestimmte Produktionstechniken und über damit verknüpfte überregionale Zuliefernetzwerke wird über Generationen gebildet und weitergegeben. Ein solches implizites Wissen ist nicht einfach von einer Region in eine andere übertragbar.³⁸ Deshalb können historisch gewachsene, aber un(ter)genutzte Kompetenzen ein Anknüpfungspunkt für eine erfolgreiche regionale Entwicklung sein. Regionale Entwicklungspfade sind vermutlich „nicht beliebig wechselbar. Green field Investments können nur unter besonderen Umständen erfolgreich sein“ (S. 44), folgern Gruber und Gerhardtter (2012) aus einer Untersuchung der alten Industrieregion Wiener Neustadt.³⁹ Auch ländliche Regionen sollten sich demnach auf ihr „regionales tacit knowledge“ (S. 42), auf ungenutzte bzw. verborgene Kompetenzen und Fähigkeiten rückbesinnen und versuchen, daran mit neuen unternehmerischen Aktivitäten anzuknüpfen.

Ein solches „Zurück zu den Wurzeln“ schließt natürlich die Entwicklung neuer (vorzugsweise immobiler) Standortvorteile nicht aus. Diese erstrecken sich u.a. von der Bereitstellung erneuerbarer Energien, der Veredelung regionsspezifischer landwirtschaftlicher Produkte über sanften naturnahen Tourismus bis hin zur Entwicklung als Wohnregion. Zielgruppen für Letzteres können u.a. sein: in die Agglomerationen auspendelnde ArbeitnehmerInnen (gegebenenfalls mit Doppelwohnsitz),⁴⁰ pensionierte Regions-RückkehrerInnen, ältere Menschen oder auch StadtbewohnerInnen, die des Stadtlebens überdrüssig sind oder sich den städtischen Wohnraum nicht mehr leisten können.⁴¹ Um DauerbewohnerInnen halten bzw. anziehen zu können, sind allerdings an die spezifischen

³⁶ Ein Beispiel dafür sind in Jennersdorf (Südburgenland) gegründete Spin-Offs der Technischen Universität Graz im Bereich der Optoelektronik.

³⁷ Vgl. dazu Keeble und Wever (1986a) mit weiteren Fallbeispielen. Vergleichbares gilt auch für das sogenannte Dritte Italien, dessen dynamische kleinindustrielle Entwicklung sich auf eine alte Handwerkertradition stützte.

³⁸ Eine solche immobile Wissensbasis verschafft einer Region zwar komparative Vorteile, birgt aber gleichzeitig die Gefahr des Verlusts an Anpassungsfähigkeit an neue Rahmenbedingungen und des „Absterbens“ der alten Industrien, wie sich beispielsweise in der Obersteiermark und im Raum Wiener Neustadt gezeigt hat.

³⁹ Laut Gruber und Gerhardtter (2012, S. 35) haben sich die größten Unternehmen aus dem ursprünglichen Flugzeugbau und der „dazugehörigen Maschinenbau-, Metall- und Motorenkompetenz“ entwickelt und knüpfen damit an frühere Kompetenzen an.

⁴⁰ Es scheint sich allerdings auch eine Berufspendelwanderung in die Gegenrichtung zu entwickeln: Stadtaffine Berufstätige wählen Städte als Hauptwohnsitz und pendeln aufs „Land“.

⁴¹ Weitere Zielgruppen sind laut Hahne (2009) u.a. räumlich ungebundene Menschen wie freischaffende Kreative; junge Familien, die mit ihren Kindern am Land leben wollen; Menschen mit alternativen Lebensstilen; benachteiligte (Zuwanderer-)Familien aus Städten.

Bedürfnisse der Zielgruppe(n) angepasste Voraussetzungen zu schaffen. Das kann auch regionale Arbeitsplätze beispielsweise im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich schaffen.

Wie gesagt, ist die traditionelle Strategie einer Verbesserung der Erreichbarkeit ländlicher Regionen zwiespältig zu bewerten, da sie eine verstärkte räumliche Polarisierung begünstigen kann. Eine bessere Verkehrsanbindung an die Agglomerationen kann für Studierende und Arbeitskräfte aber auch Pendeln ermöglichen und eine vollständige Abwanderung verhindern. Gut ausgebildete potenzielle Rückwanderinnen und Rückwanderer bis hin zu UnternehmensgründerInnen können so an die Region gebunden werden. Die Region kann auch als Wohnstandort attraktiver werden.

Ähnliches gilt für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Die anfänglichen Hoffnungen auf eine Dezentralisierung von Produktion und Arbeit und einen damit einhergehenden Ausgleich räumlicher Disparitäten haben sich nicht erfüllt. Die technologischen Innovationen haben die räumliche Konzentration eher weiter beschleunigt. Eine Verminderung der digitalen Kluft durch einen entsprechenden Ausbau des Breitbandnetzes ist demgemäß zwar keine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung, aber doch notwendig, um ein weiteres Zurückfallen zu verhindern.

Trotz der dargestellten tendenziell negativen Erfahrungen mit der Ansiedlung regionsexterner Betriebe in ländlichen Regionen kann auch eine gezielte selektive Ansiedlung von Betrieben, die sich in das Leitbild einer regionalen Entwicklungsstrategie gut einfügen und/oder von denen starke regionale Verflechtungen zu erwarten sind, grundsätzlich erstrebenswert sein. Allerdings dürfte das laut Eckey (2008) „mangels Masse und harter internationaler Konkurrenz“ (S. 203) sowie wegen Informationsproblemen bei der Auswahl geeigneter Betriebe in der Regel eine sehr anspruchsvolle und eher wenig erfolversprechende Strategie sein.

Vor diesem Hintergrund folgt beispielsweise Wytrzens (2012, S. 27) für die jahrzehntelange Abwanderungsregion Waldviertel: „Offensiven zum Halten oder gar zur Neuansiedlung von Menschen und Betrieben haben schon in der Vergangenheit [...] wenig gebracht und dürften auch in der Zukunft nur sehr begrenzt fruchten“. Innovative Menschen mit Ideen und Visionen sind zwar zu unterstützen, doch am zielführendsten scheint es, „sich auf den Bevölkerungsschwund durch gezielte Schrumpfung [...] einzustellen“.⁴²

Weber und Höferl (2009) nennen für ländliche Regionen, die länger andauernden sozioökonomischen Schrumpfungsprozessen ausgesetzt sind, folgende Problemlagen:⁴³ nach Alter, Geschlecht und Qualifikation selektive Bevölkerungsverluste; Arbeitsplatzverluste, hohe Leerstände von Wohnraum und Geschäften, Kaufkraftschwäche der privaten Haushalte, sinkende Finanzkraft der öffentlichen Hand, Verlust von Gemeinschaftsleben, politischem Einfluss und einer optimistischen Grundstimmung. Dujmovits (1996, S. 51) weist zudem auf die Probleme der Entwertung von Immobilien sowie der Unter- (z.B. Schulen) und Überauslastung (z.B. Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen) von sozialer und technischer Infrastruktur hin.⁴⁴

⁴² Zu ähnlichen Einschätzungen bzgl. der Unvermeidbarkeit von Schrumpfungsprozessen in ländlich-peripheren Regionen bzw. insbesondere Gemeinden Österreichs vgl. Huber et al. (2010) sowie Biwald und Haindl (2014). Anders Wallenberger (2012) für das Waldviertel, der zwar zugesteht, dass kontrollierte Schrumpfung zu mehr Lebensqualität führen kann und nicht ausgeblendet werden darf, der aber eine steigende Attraktivität als Wohnregion sieht und eine Abschwächung, vielleicht sogar Umkehrung des Schrumpfungsprozesses erhofft.

⁴³ Schrumpfende ländliche Regionen sind kein auf Österreich beschränktes und kein neues Phänomen (Essig 2013, S. 14ff.), auch städtische Regionen bzw. alte Industriegebiete sind davon betroffen.

⁴⁴ Vgl. dazu diverse Beiträge in Nau (2009) mit aktuellen Analysen zur Erhaltung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden ländlichen Räumen Österreichs und Deutschlands.

Die von Essig (2013) mit einer Reihe demografischer und wirtschaftlicher Indikatoren vorgenommene gewichtete Kategorisierung österreichischer NUTS 3-Regionen bzw. der steirischen und niederösterreichischen Gemeinden ergibt diesbezüglich ein differenziertes Bild.⁴⁵ Manche demografisch stark schrumpfenden Regionen schrumpfen auch wirtschaftlich stark (Östliche und Westliche Obersteiermark), andere schrumpfen wirtschaftlich nur mäßig (Liezen, Südburgenland). Zudem ist beispielsweise auch bei mäßig schrumpfender Bevölkerung eine starke wirtschaftliche Schrumpfung beobachtbar (Weinviertel). Die Analyse auf Gemeindeebene ergibt ein noch heterogeneres Bild: In wirtschaftlich und demografisch stark schrumpfenden Regionen gibt es einzelne Gemeinden mit wachsender Bevölkerung und Wirtschaft. Die wirtschaftlichen und demografischen Prozesse verlaufen demnach nicht immer parallel. Zudem erfolgt die Polarisierung auch kleinräumig. In strukturschwachen ländlichen Gebieten wachsen tendenziell insbesondere Bezirksstädte und ihr Umland sowie an wichtigen Achsen gelegene Gemeinden, der Rest schrumpft.⁴⁶

Anstelle einer politisch weitgehend unbeeinflusst ablaufenden sogenannten „passiven Sanierung“ solcher in mehreren Dimensionen gleichzeitig schrumpfender Regionen, die eine letztlich marktgetriebene Abwanderung zwecks gesamtwirtschaftlich maximalem Wachstum und Effizienz sogar als vorteilhaft ansieht (Dujmovits 1996, S. 43f.), wird nun auch in Österreich eine aktive Gestaltung solcher Schrumpfungsprozesse empfohlen. Laut Biwald und Haindl (2014, S. 93) werden diese Entwicklungen „häufig nur abzufedern sein“, wobei der „Rückbau auf ein niedrigeres, finanzierbares Leistungs- und Infrastruktur-Niveau“ zukünftig über den Finanzausgleich unterstützt werden sollte. Als Elemente einer solchen sich an die demografischen Entwicklungen aktiv anpassenden räumlichen Neuordnung werden u.a. genannt:⁴⁷ „dezentrale Konzentration“ der Raum- und Siedlungsentwicklung mit Rückbau von Überkapazitäten bei technischer und sozialer Infrastruktur unter Aufrechterhaltung einer Mindestversorgung; flexible Dienstleistungsangebote wie Anrufbusse und -sammeltaxis; mobile Versorgung; multifunktionale Bündelung von Angeboten z.B. in der Nahversorgung; bedarfs- und insbesondere altersgerechte, gemeindeübergreifende Kooperationen; Stopp der Außenentwicklung von Gemeinden z.B. durch Rückwidmung von Bauland und Bevorzugung der Innenentwicklung z.B. durch Bestandsentwicklung und Verwertung brachliegender Gebäude; Aufbau dezentraler Ver- und Entsorgungssysteme (Energie, dezentrale Kläranlagen) und innerregionaler (öffentlicher) Nahverkehrssysteme.

Eine solche aktive Neugestaltung des Lebensraums – die ebenfalls nicht kostenlos ist – würde neben einer zukunftsfähigen Aufrechterhaltung der Lebensqualität und der Versorgung der verbleibenden Bevölkerung auch die bereits an ihre Belastungsgrenzen stoßenden öffentlichen Haushalte und die ökologischen Subsysteme der Gesellschaft entlasten. Bündelung in regionalen Zentren reduziert den Verkehr, vermindert Zersiedelung und die damit verbundenen hohen volkswirtschaftlichen Kosten;⁴⁸ multifunktionale und kooperative Nutzung spart Kosten, schafft Verbundvorteile und ermöglicht eine Aufrechterhaltung eines regionalen Angebots; bedarfsorientierte Angebote ermöglichen insbesondere für ältere Menschen die Zugänglichkeit. Damit das gelingen kann, darf Schrumpfung von der Bevölkerung und den politischen EntscheidungsträgerInnen allerdings nicht als politisches

⁴⁵ Zu einer ähnlichen Kategorisierung schrumpfender österreichischer Gemeinden vgl. Weber und Höferl (2009), zu einer älteren Darstellung „entwicklungsschwacher ländlicher Problemgebiete“ vgl. Dujmovits (1996, S. 13ff.).

⁴⁶ Vgl. ähnlich Wallenberger (2012, S. 35) für das Waldviertel.

⁴⁷ Vgl. dazu im Detail Bauer und Mitterer (2010, S. 121ff.), Biwald und Haindl (2014), Hahne (2009) für Deutschland, Huber et al. (2010) für Österreich, Weber und Höferl (2009), Weber (2014) sowie Wytrzens (2012, S. 26). Vgl. dazu auch diverse Beiträge in Nau (2009) für Deutschland und Österreich.

⁴⁸ Vgl. Doubek und Zanetti (1999) sowie Doubek und Hiebl (2001), wonach sich in österreichischen Gemeinden mit steigender Zersiedelung stark überproportional steigende volkswirtschaftliche Kosten ergeben.

Versagen gesehen werden, sondern als Chance zur Verbesserung der Lebensqualität. Ob und auf welchem Weg das gelingen kann, kann in diesem Rahmen nicht weiter vertieft werden.⁴⁹

Sollte es nicht gelingen, wird es in den betroffenen ländlichen Regionen zu weiteren Fehlallokationen öffentlicher Mittel kommen. Manche der Ausgaben für den noch immer laufenden möglichst flächendeckenden Ausbau von Infrastrukturnetzen, die zukünftig bei schrumpfender Bevölkerung allerdings nur beschränkt anpassungsfähig sind, werden sich als Fehlinvestitionen herausstellen. Laut Bauer und Mitterer (2010, S. 119ff.) werden u.a. diese „Kostenremanenz“ bei Infrastrukturnetzen, der kurzfristige Planungshorizont der Politik sowie die stark zeitverzögerte politische Reaktion auf Bevölkerungsrückgänge zu Finanzierungsproblemen auf kommunaler Ebene führen. Die Aufwendungen für die Instandhaltung und den laufenden Betrieb dieser Netze sowie für öffentliche Dienste mit hohen Fixkosten werden manche Kommunen zukünftig finanziell überfordern. Zudem wird die Lebensqualität der zunehmend älter und immobiler werdenden Bevölkerung mangels bedarfsgerechter Verfügbarkeit von Güter- und Dienstleistungsangeboten, aber auch unter dem zunehmenden Finanzierungsdruck seitens der Kommunen leiden.

6. Ausblick

Unter den aktuellen technologischen Bedingungen und den gegebenen Präferenzen der KonsumentInnen dürften die Agglomerationsvorteile urbaner, dicht besiedelter Gebiete gegenüber deren Agglomerationsnachteilen in der Regel deutlich überwiegen. Die angesichts geänderter regionalpolitischer Zielsetzungen, knapper öffentlicher Mittel und nicht zuletzt selbstverstärkender sozioökonomischer Prozesse begrenzten regionalpolitischen Einflussmöglichkeiten sowie die schwindende politische Macht ländlicher Gebiete lassen grundsätzlich eine weitere Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten und der Bevölkerung in Agglomerationsräumen insbesondere zu Lasten ländlicher Räume erwarten.

Neue technologische Entwicklungen, neue relative Knappheiten oder eine Veränderung der Präferenzen können die Relationen zwischen Agglomerationsvor- und -nachteilen zukünftig zugunsten ländlicher Räume verschieben. Beispielsweise könnten starke Umweltprobleme, hohe Kriminalität, höhere Terrorismusgefahr oder nicht mehr leistbare Wohnkosten städtische Agglomerationen unattraktiver machen. Doch in vielen Megacities, insbesondere der schwach entwickelten Länder und der Schwellenländer, sind diese Probleme schon derzeit alltäglich. Trotzdem scheint der Zuzug in diese Städte ungebremsst zu sein, wie auch die entsprechenden Prognosen belegen. Zudem gibt es Anhaltspunkte dafür, dass moderne Städte aufgrund ihrer Bebauungsdichte und bei gut ausgebautem öffentlichen Verkehr umweltfreundlicher und ressourcenschonender sind als stark zersiedelte ländliche Räume und sie damit eher dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen. Auch die technologieoptimistischen Visionen energieeffizienter, emissionsarmer bis hin zu sich selbst versorgender „Smart Cities“ lassen im Fall ihrer (wohl nur teilweisen) Verwirklichung in absehbarer Zeit keine Umkehr der weltweit laufenden Urbanisierung und Agglomerationsbildung erwarten.

Demnach dürften hochgesteckte ausgleichsorientierte Zielsetzungen für den ländlichen Raum, wie sie eingangs dieses Beitrages zum Ausdruck kommen, im Allgemeinen nicht haltbar sein. Riedl (2012), Vorsitzender des Finanzausschusses des Österreichischen Gemeindebundes, befürchtet bis 2022

⁴⁹ In Weber (2014) finden sich erste Gedanken, um das politische Tabu der Gestaltung von Schrumpfungsprozessen aufzubrechen.

weitere Bevölkerungsverluste und Probleme für etwa zwei Drittel der ländlichen Gemeinden. „Ein Drittel der Gemeinden wird übrig bleiben, es werden vorwiegend jene in den Speckgürtelzonen sein“ (S. 41). Das mag zwar eine zu pessimistische Prognose sein, aber jedenfalls besteht auch im Rahmen solcher Szenarien die Möglichkeit einer aktiven Gestaltung der zukünftigen Entwicklung. Dabei ist erstens zu beachten, dass der ländliche Raum hinsichtlich seiner Ausgangsvoraussetzungen und Standortfaktoren in sich sehr heterogen ist. Peripher gelegene, strukturschwache ländliche Regionen bieten andere Entwicklungsmöglichkeiten als zentraler gelegene Räume, touristisch nutzbare Räume oder ländliche Räume im (weiteren) Umland von Städten.

Zweitens erstreckt sich das Spektrum der Entwicklungsstrategien angesichts dieser heterogenen Voraussetzungen von selektiver Betriebsansiedlung über eine bessere verkehrsmäßige Anbindung an Zentren, die erfahrungsgemäß allerdings nur unter besonderen Bedingungen vorteilhaft ist, bis hin zur endogenen Entwicklung, gegebenenfalls mit einer verstärkten funktionalen Anbindung an nahegelegene Zentren. Insbesondere in stark schrumpfenden ländlichen Regionen werden ein kontrollierter Rückbau und eine Neuorganisation der sozialen und technischen Infrastruktur unter Aufrechterhaltung von Mindeststandards in der Daseinsvorsorge für ein zukünftig „gutes Leben“ der Regionsbevölkerung erforderlich sein. Von den jeweiligen historisch vorgeformten Ausgangsbedingungen ausgehend, sind daran anknüpfende, den eigenen komparativen Vorteilen entsprechende, regionsspezifische Lösungen zu erarbeiten. Eine solche aktive Suche nach bereits vorhandenen un(ter)genutzten oder auch erst zu entwickelnden Standortvorteilen erfordert auch eine entsprechende finanzielle, organisatorische und legistische Unterstützung und Beteiligung seitens der öffentlichen Hand.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen solcher vorzugsweise endogener Entwicklungsstrategien ist drittens die Zurkenntnisnahme grundsätzlicher raumbezogener Trends durch die relevanten EntscheidungsträgerInnen und die Bevölkerung. Die globalen Trends der Urbanisierung und Agglomerationsbildung sind durch einzelne Regionen nicht veränderbar. Eine mittelfristige Veränderung der weltweit ablaufenden Zentralisierungsprozesse ist zwar denkmöglich, erscheint aber unrealistisch. Schrumpfungsprozesse sollten deshalb nicht als Versagen, sondern als Chance für eine Neuorientierung gesehen werden, die eine Verbesserung der Lebensqualität auch im ländlichen Raum ermöglicht. Dieser wird zwar manche der Annehmlichkeiten eines guten Stadtlebens nicht bieten können, dafür aber andere wie gesündere Lebensbedingungen, Bewegungsfreiheit, Freude an Besitz sowie Gestaltung eines eigenen Stück Bodens bis hin zu intakten sozialen Beziehungen.

Schließlich sind diese Entwicklungen nicht voll plan- und steuerbar und vielfach sogar pfadabhängige Prozesse mit offenem Ende. Eine letztlich marktgetriebene „passive Sanierung“ ländlicher Räume dürfte für die Bevölkerung allerdings noch schlechtere Perspektiven für den Erhalt ihrer Lebensqualität bieten. Zudem birgt sie die Gefahr einer Verschwendung öffentlicher Mittel. Trotz aller Unwägbarkeiten scheint es zur aktiven Gestaltung endogener Entwicklungs- und allenfalls auch Schrumpfungsprozesse keine Alternative zu geben, wobei der Erfolg wesentlich von der Einstellung, der Lernfähigkeit, dem Engagement und der Beteiligung der regionalen Bevölkerung abhängig ist.

Literatur

- Ascani, A., Crescenzi, R. & Iammarino, S. (2012a). New Economic Geography and Economic Integration: A Review. Search Working Paper WP 1/02. <http://www.ub.edu/searchproject/wp-content/uploads/2012/02/WP-1.2.pdf>. Zugriffen: 30. April 2015.
- Ascani, A., Crescenzi, R. & Iammarino, S. (2012b). Regional Economic Development: A Review. Search Working Paper WP 1/03. <http://www.ub.edu/searchproject/wp-content/uploads/2012/02/WP-1.3.pdf>. Zugriffen: 30. April 2015.
- Aumayr-Hajek, C. (2011). Männersache, Heft 06/11. www.datum.at/artikel/maennersache/. Zugriffen: 17. Feber 2015.
- Barber, B. (2014). „Menschen fühlen sich von Städten angezogen“. Interview mit B. Barber geführt von R. Winkler-Hermaden. Der Standard, 7.10.2014, 8.
- Bauer, H. & Mitterer, K. (2010). Analysen der Einnahmen- und Ausgabenelastizität in Bezug auf demografische Veränderungen in ausgewählten Aufgabenbereichen der Gemeinden. In H. Bauer, H. Pitlik & M. Schratzenstaller (Hrsg.), Demografischer Strukturwandel als Herausforderung für die öffentlichen Finanzen (S. 110-125). Wien.
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Hrsg.). (1984). Regionale Strukturpolitik. Publikationen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen Nr. 46. Wien.
- Biwald, P. & Haindl, A. (2014). Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen. Wirtschaftspolitische Blätter, Sonderausgabe: Wirtschaftsraum Südösterreich – Rahmenbedingungen für Unternehmer, September 2014, 77-93.
- Bratl, H. & Scheer, G. (1988). Österreichs Peripherie. In Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (Hrsg.), Peripherie im Aufbruch. Eigenständige Regionalentwicklung in Europa (S. 85-100). Wien.
- Brugger, E. A. & Fischer, G. (1985). Regionalprobleme in der Schweiz: Grundzüge und Zusammenhänge. Ein Überblick zur wissenschaftlichen Synthese des NFP „Regionalprobleme“. In G. Fischer & E. A. Brugger (Hrsg.), Regionalprobleme in der Schweiz. Ergebnisse eines Nationalen Forschungsprogramms (S. 5-50). Bern.
- Buttler, F., Gerlach, K. & Liebmann, P. (1977). Grundlagen der Regionalökonomie. Reinbeck.
- Cappellin, R. (1992). Theories of local endogenous development and international co-operation. In M. Tykkäläinen (Hrsg.), Development Issues and Strategies in the New Europe. Local, regional and interregional perspectives (S. 1-19). Aldershot.
- Czerny, M., Friesenbichler, K. S., Kletzan, D., Kratena, K., Puwein, W. & Weingärtler, M. (2006). WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Teilstudie 10: Produktivitätssteigernde Infrastrukturinvestitionen. Wien.
- Doubek, C. & Hiebl, U. (2001). Soziale Infrastruktur, Aufgabenfeld für Gemeinden. ÖROK-Schriftenreihe Nr. 158. Wien.
- Doubek, C. & Zanetti, G. (1999). Siedlungsstruktur und Öffentliche Haushalte. ÖROK-Schriftenreihe Nr. 143. Wien.
- Dujmovits, R. (1996). Eigenständige Entwicklung in ländlich-peripheren Regionen. Erfahrungen, Ansätze und Erfolgsbedingungen. Europäische Hochschulschriften, Reihe V Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 1809. Frankfurt am Main.

- Dujmovits, R. & Fritz, O. (2003). Ökonomie des südlichen Burgenlands: vergebene Chancen im Aufschwung. Raum 52/03, 16-19.
- Eckey, H.-F. (2008). Regionalökonomie, unter Mitarbeit von N. Muraro. Wiesbaden.
- Eltges, M. (2013). Regionale Konvergenz und Divergenz – die Frage der Fragen. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 51-66.
- Essig, St. (2013). Österreichs schrumpfende Regionen in der europäischen Regionalpolitik. EU-Strukturförderungen und ihre Wirkungen auf die österreichische Regionalentwicklung. Nicht veröffentlichte Diplomarbeit, Fakultät Architektur und Raumplanung, Technische Universität Wien.
- Ezcurra, R. & Rodriguez-Pose, A. (2009). Measuring the regional divide. In R. Capello & P. Nijkamp (Hrsg.), Handbook of Regional Growth and Development Theories (S. 329-353). Cheltenham.
- Frey, R. L. (1985). Regionalpolitik: eine Evaluation. Bern.
- Gerhardter, G. & Gruber, M. (2001). Regionalförderung als Lernprozess. Evaluierung der Förderungen des Bundeskanzleramtes für eigenständige Regionalentwicklung. Schriften zur Regionalpolitik und Raumordnung Nr. 32. Wien: Bundeskanzleramt.
- Gruber, M. (2014). Territorialität in der EU-Kohäsionspolitik. Eine wechselhafte Geschichte: von der Reform der 1980er Jahre zur Post-Lissabon-Ära. Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft - Band 156, 57-77.
- Gruber, M. & Gerhardter, G. (2012). 4D-Evaluation. Ein Impuls für das Evaluierungsverständnis in der Regionalpolitik – Endbericht. Graz. <https://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=46631>. Zugriffen: 30. April 2015.
- Gruber, M., Kupsa, St. & Pohn-Weidinger, S. (2013). Evaluation of the main achievements of cohesion policy programmes and projects over the longer term in 15 selected regions: Case Study Burgenland (Austria), from 1989-1993 programming period to the present. London School of Economics und European Policy Research Centre.
- Hahne, U. (2009). Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft. Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung, Heft 1, 2-25.
- Hanink, D. M. (2010). Perspectives on Regional Change: A Review Essay on Handbook of Regional Growth and Development Theories. Growth and Change, 41, 3-27.
- Hirschman, A. O. (1967). Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart.
- Huber, P., Mayerhofer, P., Schönfelder, St., Fritz, O., Kunnert, A. & Pennerstorfer, D. (2010). Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 5: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen. Wien.
- Keeble, D. & Wever E. (Hrsg.). (1986a). New Firms and Regional Development in Europe. London.
- Keeble, D. & Wever, E. (1986b). Introduction. In D. Keeble & E. Wever (Hrsg.), New Firms and Regional Development in Europe (S. 1-34). London.
- Krugman, P. R. (1991a). Increasing returns and economic geography. Journal of Political Economy, 99, 483-499.
- Krugman, P. R. (1991b). Geography and Trade. Cambridge.
- Kurz, H. D. (2014). Der Raum in der Wirtschaftswissenschaft – Eine wiederentdeckte Dimension. In H.-M. Trautwein (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 115/XXIX (S. 17-55). Berlin.

- Legendijk, A. & van der Knaap, G. A. (1992). Regional spill-over and the locational process in a European fringe: The case of the Spanish car industry. In M. Tykkäläinen (Hrsg.), *Development Issues and Strategies in the New Europe. Local, regional and interregional perspectives* (S. 65-76). Aldershot.
- Lehner, K. (2012). Startschuss für mehr Regionenpolitik. *Kommunal*, Heft 11, 13.
- Maier, G. & Trippel, M. (2009). Location/allocation of regional growth. In R. Capello & P. Nijkamp (Hrsg.), *Handbook of Regional Growth and Development Theories* (S. 53-65). Cheltenham.
- McCann, P. & von Oort, F. (2009). Theories of agglomeration and regional economic growth: a historical review. In R. Capello & P. Nijkamp (Hrsg.), *Handbook of Regional Growth and Development Theories* (S. 19-32). Cheltenham.
- Myrdal, G. (1974). *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Weltproblem Armut*. Stuttgart.
- Nau, C. (Hrsg.). (2009). *Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*. Wiesbaden.
- ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg.). (1981). *Österreichisches Raumordnungskonzept. ÖROK-Schriftenreihe Nr. 28*. Wien.
- ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg.). (1992). *Österreichisches Raumordnungskonzept 1991. ÖROK-Schriftenreihe Nr. 96*. Wien.
- ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz (Hrsg.). (2011). *Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011. ÖROK-Schriftenreihe Nr. 185*. Wien.
- Plitzka, R. & Richter, U. (1982). Neue Konzepte der regionalen Wirtschaftsförderung – Versuch einer Standortbestimmung. *Mitteilungen des ÖIR*, Heft 3-6, 77-92.
- Porter, M. E. (1995). Comment on „Interaction between Regional and Industrial Policies: Evidence from Four Countries“ by Markusen. In M. Bruno & B. Pleskovic (Hrsg.), *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics 1994. Supplement to The World Bank Economic Review and The World Bank Research Observer* (S. 303-307). Washington.
- Quinet, E. & Vickerman, R. (2004). *Principles of Transport Economics*. Cheltenham.
- Richardson, H. W. (1978). *Regional and Urban Economics*. Harmondsworth.
- Riedl, A. (2012). Abwanderung – (k)ein Schicksal. In: *Waldviertel Akademie* (Hrsg.), *Abwanderung – (k)ein Schicksal* (S. 40-43). Waidhofen/Thaya.
- Roberts, M. & Setterfield, M. (2010). Endogenous regional growth: a critical survey. In M. Setterfield (Hrsg.), *Handbook of Alternative Theories of Economic Growth* (S. 431-450). Cheltenham.
- Sauberer, M. (1983). Basisdimensionen der räumlichen Disparitäten in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 8, 4-31.
- Schönegger, H. (2011). Eines ist uns gewiss – der Wandel. In: *ÖROK* (Hrsg.), *Politik und Raum in Theorie und Praxis. Sonderreihe Raum & Region*, Heft 3 (S. 144-145). Wien.
- Statistik Austria & Österreichischer Städtebund (Hrsg.). (2013). *Österreichs Städte in Zahlen 2013*. Wien.
- Stöhr, W. B. (1983). Alternative räumliche Entwicklungsstrategien endogener „selektiver Eigenständigkeit“. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 8, 117-134.
- Terluin, I. J. (2003) Differences in economic development in rural regions of advanced countries: an overview and critical analysis of theories. *Journal of Rural Studies*, 19, 327-344.
- Thisse, J.-F. (2014a). The New Science of Cities by Michael Batty: The Opinion of an Economist. *Journal of Economic Literature*, 52, 805-819.

- Thisse, J.-F. (2014b). Why do cities exist? Because proximity (still) matters. Vortrag am 12. Dezember 2014. Erscheint bei Routledge in der Reihe The Graz Schumpeter Lectures.
- Trautwein, H.-M. (2014). Der Traum vom Allgemeinen Gleichgewicht im Raum und die Entwicklung zur „Neuen Wirtschaftsgeographie“. In H.-M. Trautwein (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 115/XXIX (S. 337-371). Berlin.
- Wallenberger, J. (2012). Von wegen Abwanderung: Das Waldviertel zieht viele Menschen an. In Waldviertel Akademie (Hrsg.), Abwanderung – (k)ein Schicksal (S. 31-39). Waidhofen/Thaya.
- Warner, D., Rao, D. S. P., Griffiths, W. E. & Chotikapanich, D. (2014). Global Inequality: Levels and Trends, 1993-2005. How sensitive are these to the choice of PPPs and Real Income measures? (im Erscheinen)
- Weber, G. (2014). Schrumpfung – Sand im Getriebe des Wachstumsversprechens in der Planung. Vortragsunterlagen für Vortrag beim Club of Vienna, Wien, 12. März 2014.
- Weber, G. & Fischer, T. (2010). Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse. Wien.
- Weber, G. & Höferl, K.-M. (2009). Schrumpfung als Aufgabe der Raumplanung – eine Annäherung aus österreichischer Sicht. In T. Weith et al. (Hrsg.), Alles Metropole? Berlin-Brandenburg zwischen Hauptstadt, Hinterland und Europa. Reihe Planungsrundschau 17 (S. 121-129). Kassel.
- Wytrzens, H. K. (2012). Diskussionsimpulse zur demographischen Dynamik im Waldviertel aus Sicht der Regionalwissenschaft. In Waldviertel Akademie (Hrsg.), Abwanderung – (k)ein Schicksal (S. 19-27). Waidhofen/Thaya.